

# "Wir haben aus den Erfahrungen gelernt" : Interview

Autor(en): **Steinmann, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie extra**

Band (Jahr): - **(2004)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-639906>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

■ mit einem neuen Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG), das die Rahmenbedingungen für eine sichere und nachhaltige Versorgung der Endverbraucher mit Elektrizität in allen Landesteilen festlegt

■ mit einer vorgezogenen Regelung des grenzüberschreitenden Stromhandels, die ab 2005 in Kraft treten soll, und zwar auf dem Weg einer befristeten Revision des Elektrizitätsgesetzes (EleG). Sie sieht namentlich einen einflussstarken Regulator vor.

**Wahlmodell.** In der ersten Etappe sollen stromintensive Unternehmen ihren Lieferanten frei wählen können. Als Grenzwert wählte die Kommission den Jahresverbrauch einer Durchschnittsbäckerei (100 MWh). Während fünf Jahren können mit dieser Teilmarktöffnung Erfahrungen gesammelt werden, bevor danach für kleine Endverbraucher in einer zweiten Etappe das «Wahlmodell mit abgesicherter Stromversorgung» (WAS) eingeführt wird. Die «Kleinen» können dann entscheiden, ob sie einen neuen Lieferanten wählen oder bei ihrem alten bleiben wollen.

Die zweite Etappe soll fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes die Bundesversammlung beschliessen – mit fakultativem Referendum. Wenn das StromVG in Kraft tritt, löst es die befristeten Bestimmungen des EleG ab.

**Rahmenbedingungen.** So eilig es also mit der Regelung des grenzüberschreitenden Handels vorwärts gehen soll, so vorsichtig erfolgt der Übergang zur Liberalisierung. Für die Konsumenten hat dabei – anders als beim EMG, wo der wettbewerbsorientierte *Elektrizitätsmarkt* im Vordergrund stand – die sichere und nachhaltige *Stromversorgung* Priorität. Zur Nachhaltigkeit gehört insbesondere das Fördern der Erzeugung von Elektrizität aus Wasserkraft.

Der Elektrizitätswirtschaft bringt das Gesetz Rahmenbedingungen für den nationalen und die Mitwirkung im internationalen Wettbewerb. Der entstehende nationale Wettbewerb soll Druck auf die relativ hohen industriellen Strompreise in der Schweiz ausüben, die Innovation in der Elektrizitätsbranche begünstigen, die Mitwirkung im internationalen Wettbewerb und die starke Stellung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft als Stromdrehscheibe in Europa sichern.

**Vernehmlassung.** Am 30. Juni 2004 verschickte UVEK-Chef Moritz Leuenberger einen Brief «An die politischen Parteien und interessierten Organisationen» mit der Aufforderung, dem BFE bis zum 30. September Bemerkungen und Änderungsvorschläge einzureichen. Dann geht das ganze Paket ins Parlament. Ohne Referendum, hofft man im Expertenkreis.

«Bis wir ein neues Gesetz haben, dauert es drei Jahre», prophezeite BFE-Chef Walter Steinmann in *energie extra* 5.02. Aber die Schweizer Politmühlen mahlen nicht so hurtig: Wenn das StromVG wie geplant 2007 in Kraft tritt, wird die gesamte Neuregelung inklusive die fünfjährige «Testphase» ab 2012 wirksam ...

## Was ist anders als beim EMG?

Im Vergleich zum EMG bringt das StromVG ein ganzes Bündel von Neuerungen:

- Regelung der Sicherheit und Nachhaltigkeit
- Versorgungspflicht der Elektrizitätsproduzenten (inkl. Reserveenergie)
- Weisungsrecht der Netzgesellschaft
- Starker Regulator (ElCom)
- Zweistufige Marktöffnung innert 5 Jahren
- Volle Öffnung nur mit fakultativem Referendum
- Wahlmodell für Kleinverbraucher
- Zeitlich vorgezogene Übergangslösung
- Qualitative Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

## INTERVIEW

# «Wir haben aus den Erfahrungen gelernt»

**BFE-Direktor Walter Steinmann über die Motive zur Ausarbeitung eines neuen Stromversorgungsgesetzes.**

*Das neue Gesetz soll nicht mehr «Elektrizitätsmarktgesetz» heissen ...*

Markt, Öffnung und Liberalisierung sind derzeit in unserem Land nicht sehr positiv besetzte Begriffe. Der neue Titel zeigt, was für uns im Zentrum steht: die dauernde optimale Versorgung der Kleinkonsumenten zu günstigen Bedingungen und Preisen.

*Hinter dem «Stromversorgungsgesetz» steckt eine veränderte Strategie. Was sind die wichtigsten Eckpfeiler des neuen Vorschlags? Jeder Konsument soll ans Netz angeschlossen sein. Die Kleinkonsumenten werden, wenn sie sich nicht dem Markt aussetzen wollen, vom bisherigen EW gut bedient, ohne dass sie ein spezielles Formular ausfüllen müssen. Die Rechnungen, die wir nach Hause zugestellt erhalten, sind transparent und zeigen Netzkosten, Pro-*

*duktionskosten sowie Abgaben glasklar auf. Ein starker Regulator sorgt dafür, dass die Kleinkonsumenten nicht benachteiligt werden.*

*Was bringt das neue Gesetz dem einfachen Strombezügler?*

Mehr Versorgungssicherheit und die Garantie, dass er nicht die Zeche zahlen muss, wenn die EWs den Grosskonsumenten massive Rabatte gewähren wollen.

*Die Marktöffnung soll in zwei Etappen*

*geschehen. Wie kam man auf diese Lösung? Erfahrungen in verschiedenen Ländern haben gezeigt, dass ein Step-by-step-Vorgehen Sinn macht. Die EWs und der Staat lernen und können schrittweise ihre Erkenntnisse in die Praxis umsetzen. Zudem sind die technischen Umstellungen so besser verkraftbar.*

*Werden viele «Kleine» am Markt teilnehmen?*

Gespräche mit deutschen und österreichischen EW-Vertretern zeigen mir: Nur 3 bis 5 Prozent

**BFE-Direktor  
Walter  
Steinmann**



wechseln den Versorger. Doch weil die Kunden abspringen könnten, sind die EWs weit stärker gefordert, erstklassige Leistungen zu erbringen.

*Steht die Rolle der Schweiz als europäische Stromdrehscheibe auf dem Spiel?*

In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die Schweiz die bisherige Rolle in Europa ohne eigenes Gesetz wahrnehmen kann. Denn ab 1. Januar 2005 basiert der Strommarkt in Europa auf neuen gemeinsamen Regeln, die von uns nicht übernommen wurden, denen wir aber ausgeliefert sind. Es braucht ein flexibles und engagiertes Wirken von Branche und Politik, damit wir unsere Trümpfe halten können.

In den Diskussionen der Expertenkommission spielte auch der «Blackout in Italien» eine wichtige Rolle. Welche Lehren sind aus dieser Grosspanne zu ziehen?

Neben technischen und kommunikationsmässigen Verbesserungen ist es zentral, dass wir den Strommarkt ähnlich organisieren wie die EU-Länder. Wir brauchen eine unabhängige Netzgesellschaft, müssen einen Schiedsrichter einsetzen und unsere Transitlinien mit ähnlichen Verfahren zuteilen wie unsere Nachbarn.

## «Wir haben einen Schiedsrichter mit roten und gelben Karten.»

Die EMG postulierte eine unabhängige, privatrechtliche, schweizerisch beherrschte Netzgesellschaft. Was ist beim Stromversorgungsnetz bezüglich der Übertragungsbetreiber anders als beim EMG – und weshalb?

Der unabhängige privatrechtliche Netzbetreiber auf der Höchstspannungsebene (swissgrid) ist von den grossen Firmen der Strombranche bereits gegründet worden und wird am 1. Januar 2005 die Tätigkeit aufnehmen. Im Gesetz wird fixiert werden, dass dieser Netzbetreiber schweizerisch beherrscht sein muss. Die Netze bleiben grundsätzlich bei den bisherigen Eigentümern (Kantonen, Städten, Gemeinden). Viele betrachten diese Netze als Teil des Volksvermögens, das nicht veräussert werden darf.

Die EU hat Anfang Juli Bestimmungen zum europaweiten Stromhandel in Kraft gesetzt. Das zwingt zu raschem Handeln ...

Ja, für uns hat eine Klärung des Verhältnisses mit Europa Priorität. Wenn wir mithalten wollen, müssten wir relativ rasch handeln. Wir legen darum vorerst in einer kleinen Teilrevision des Elektrizitätsgesetzes die Regeln im internationalen Stromverkehr fest und werden erst später im Stromversorgungsgesetz den Markt Schweiz umfassend behandeln.

Von Seiten der «kleinen» Strombezügler hörte man in der EMG-Diskussion immer wieder den Vorwurf, die Haushalte müssten für die Vorteile der «Grossen» aufkommen. Wie begegnet das neue StromVG diesem Argument?

Wir haben einen Schiedsrichter mit gelben und roten Karten, die Elektrizitätskommission (El-Com), die bei Verstössen hart durchgreift. Sie kann umfassende Abklärungen machen. Zudem werden in nicht wenigen Gemeinden die Stromtarife durch die Gemeindeversammlungen oder die Gemeinderäte festgelegt – wer schneidet sich schon selbst ins Fleisch?!

Die Stromversorgung soll sicher und nachhaltig sein. Wie sichern Sie die Nachhaltigkeit?

Wir werden uns recht anspruchsvolle Ziele geben, die wir bis zum Jahr 2030 erreichen wollen. Vorerst soll die Strombranche über freiwillige Massnahmen ihren Beitrag erbringen; nur wenn dies nicht reicht, wird der Staat eingreifen und mit weiteren Hilfen die erneuerbaren Energien fördern.

Eine wichtige Rolle in der Neukonzeption spielt der «Regulator», den es bereits in verschiedenen europäischen Staaten gibt. Wer spielt diese Rolle, und welche Mittel stehen ihm zur Verfügung?

Wir setzen die Elektrizitätskommission (ElCom) ein. Sie regelt und überwacht die Märkte, kann Unterlagen anfordern, Untersuchungen durchführen und auch Strafen aussprechen. Das ist Konsumentenschutz und Garantie der Versorgungssicherheit wie in allen europäischen Ländern.

Was erwarten Sie von der Vernehmlassung und der parlamentarischen Behandlung? Was ist für Sie unverzichtbar, wo sehen Sie Spielräume?

Die Vernehmlassung gibt uns Hinweise, wo noch zu schleifen und was anzupassen ist. Wir werden das Gesetz schlanker machen, doch den Kern, die hohe Versorgungssicherheit im geöffneten Markt, werden wir nicht antasten. Im Parlament wird zu entscheiden sein, ob wir vorerst die Frage Europa separat angehen wollen und ob die Förderung der erneuerbaren Energien als Teil des Gesamtpakets behandelt werden soll.

Glauben Sie, dass die neue Vorlage «referendumsresistent» ist?

Ich hoffe es, doch im aktuellen Klima im Parlament könnten einige Gruppen mit Blick auf die nächsten Wahlen hier eine Profilierung über ein Referendum suchen.

## Warum wurde das EMG abgelehnt?

Als «Stolpersteine» für das EMG eruierten Experten eine Opposition vor allem in den Westschweizer Städten und durch die (gespaltene) Linke in der Deutschschweiz mit folgenden wichtigen Komponenten:

- Negatives Meinungsklima für Liberalisierungsmassnahmen und Globalisierung
- Schwierigkeit, beim EMG den Zwang zur Änderung darzustellen
- Fehlende direkte Vorteile für die Konsumenten
- Angst vor Versorgungsunsicherheit und Abbau des Service Public
- Wenig Engagement von Seiten lokaler und regionaler Meinungsführer



Im Abstimmungskampf setzten sich die Gegner des EMG durch